

Ergebnisprotokoll
der 11. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung,
Energie und Landwirtschaft vom 11.08.2016

Beginn: 15.20 Uhr

Ende: 17.10 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Meyer
Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Crueger
Frau Schiemann in Vertretung für Herrn
Senkal
Frau Sprehe
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Frau Neumeyer
Herr Scharf
Herr Strohmann

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saxe
Herr Bücking

Die Linke

Frau Bernhard

FDP-Fraktion

Herr Buchholz

II Verwaltung

Herr Dr. Sünemann
Frau Zimmermann
Frau Windeler
Frau Prof. Dr. Reuther
Herr Viering
Frau Kamp
Herr Musiol
Herr Runge
Herr Just
Frau Gerken
Herr Eickhoff
Frau Elfers
Frau Riegner
Herr Dr. Lampe
Herr Kurz
Frau Nanninga
Frau Pieper
Herr Donaubaue
Herr Gellhaus

Der Senator für Umwelt, Bau und Ver-
kehr

ASV
BBN
GeoInformation

III Gäste

Herr Kersten
Herr Judel

Fides Treuhand GmbH & Co. KG
Landesverband der Gartenfreunde Bremen

IV Gastdeputierte

Herr Imhoff
Frau Dr. Schaefer
Herr Janßen
Herr Schomaker

CDU-Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
DIE LINKE
FDP-Fraktion

Herr Pohlmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der 11. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

Herr Pohlmann weist darauf hin, dass ergänzend eine **Austauschseite zu TOP 6** „Vorhabenbezogener Bebauungsplan 99 für die Errichtung eines Bürogebäudes in Bremen Altstadt an der Wilhelm-Kaisen-Brücke zwischen Weser und Martinistraße“ sowie die **Vorlage zu TOP 12** „Bürgerantrag gegen Billigfleisch in der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung“ vorliegen.

TOP 13c) Aktivitäten BioStadt wird **vertagt**.

Frau Bernhard bittet um eine Begründung, weshalb der Bericht zum Bahnhofsvorplatz in einer nichtöffentlichen Sitzung aufgerufen werde. Die Öffentlichkeit hätte durchaus das Anrecht, darüber in Kenntnis gesetzt zu werden.

Herr Runge erläutert, dass es um schützenswerte Interessen des Investors gehe.

Frau Bernhard kann diese Begründung nicht nachvollziehen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

TOP 2	Genehmigung von Protokollen (hier: - Protokoll 19/8 der Sitzung am 14.04.2016 - Protokoll 19/9 der Sitzung am 19.05.2016 - Protokoll 19/10 der Sitzung am 09.06.2016)	
-------	---	--

Herr Buchholz weist darauf hin, dass er in der Sitzung am **14.04.2016** als gewählter Deputierter anwesend war und nicht als Stellvertreter.

Frau Sprehe bittet um Berichtigung ihres Berichtswunsches zu den Sanierungsergebnissen Tanklager Farge im Protokoll vom **09.06.2016**. Dieser Bericht soll unabhängig von der jährlichen Berichterstattung vorgelegt werden.

Die beiden Protokolle werden entsprechend korrigiert.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt den vorgelegten Protokollen mit den vorgenannten Änderungen zu.

Einstimmig

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
-------	---	-----

Siehe auch Protokoll der 11. Staatlichen Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 11.08.2016.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

Einstimmig

TOP 4	9. Ortsgesetz zur Erhaltung der städtebaulichen Eigenart für ein Gebiet zwischen Schwachhauser Heerstraße, Eisenbahn Bremen-Osnabrück, Colmarer Straße und Kurfürstenallee	Vorlage 19/152
--------------	---	-------------------

Frau Bernhard möchte wissen, ob diese Erhaltungssatzung ein Vorkaufsrecht beinhaltet. Sie bittet darum, der Deputation eine Auflistung der bestehenden Erhaltungssatzungen in Bremen vorzulegen.

Herr Viering antwortet, dass mit der Erhaltungssatzung kein Vorkaufsrecht verbunden sei. Die Eigentümer sollten dazu verpflichtet werden, mit ihrem Objekt in bestimmter Weise umzugehen. Damit sei verbunden, dass sie ein Übernahmeverlangen geltend machen könnten, wenn dies für sie wirtschaftlich nicht tragfähig sei.

Herr Bücking führt aus, dass mit einer Erhaltungssatzung ein Ensemble geschützt werden solle. Das sei nachzuvollziehen. Es gehe bei einer solchen Satzung aber auch darum, der Entwicklung von Neuem in einem bestimmten Bereich der Stadt Grenzen zu ziehen, das Alte gegen das Neue zu verteidigen. Dies sei ein ernsthafter Abwägungsgegenstand, weil die Entwicklung neuer Bausubstanz etwas damit zu tun habe, dass Eigentümer ihre Grundstücke entwickeln wollen. Deshalb interessiere ihn, ob die Entwicklung und Dynamik in solchen Bereichen dargestellt werden könne.

Herr Viering erklärt, dass es keine Statistiken über Abriss und Neubau in diesen Quartieren gebe. Natürlich werde darüber diskutiert, wie sich gerade solche Quartiere durch Abriss und Neubau verändern. Flächendeckend sei dies nicht darstellbar, aber für bestimmte Quartiere könnte man das prüfen.

Herr Pohlmann schlägt vor, diese Frage bilateral zu klären.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) fasst den Beschluss, dass für das im Plan gekennzeichnete Gebiet in Bremen-Schwachhausen im Ortsteil Gete ein Ortsgesetz (Erhaltungssatzung) gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Baugesetzbuch aufgestellt werden soll.

Einstimmig

TOP 5	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 97 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Bürohochhauses in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt, An der Reeperbahn/Auf der Muggenburg -Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung -Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft -FB 01-	Vorlage 19/158
--------------	--	-------------------

Frau Prof. Dr. Reuther präsentiert Skizzen und Simulationen der geplanten Bebauung.

Frau Dr. Schaefer fragt, ob über Solaranlagen oder Dachbegrünung nachgedacht worden sei.

Herr Bücking hält die innere Durchwegungsmöglichkeit bei diesem Grundstück für bedeutsam. Das System der Fußwege bedürfe in der Überseestadt einer besonderen Aufmerksamkeit und sei eher unterentwickelt. Es sei zu begrüßen, dass hier der Öffentlichkeit ermöglicht werde, das Grundstück über Wege zu nutzen. Es tue der Überseestadt sehr gut, dass sich im Erdgeschoss etwas kleinteiligerer Einzelhandel ansiedeln dürfe, diese publikumsintensivere Nutzung belebe den Straßenraum. Der ruhende Verkehr sei problematisch zu organisieren, weil entweder die Fahrzeuge im Straßenraum stünden oder in städtebaulich schlecht integrierten Parkhäusern. Er hoffe, dass sich das Parkhaus hier besser integriere.

Herr Pohlmann betont, dass es auch um die Frage gehe, wie die Gestaltung des Hilde-Adolf-Parks integriert werde. Dort gebe es auch Verbesserungs- und Weiterentwicklungsnotwendigkeiten. Dies hier sei ein sehr gutes Projekt. Die Entwicklung der Überseestadt müsse die Verkehrsentwicklung einbeziehen, und zwar für alle Verkehrsträger, Fußgänger, Parkplatzmöglichkeiten, Fahrradverkehr, aber auch die Frage, wie der Einzelhandel in der Gesamtheit der Überseestadt weiterentwickelt werden könne.

Herr Viering erklärt, dass im städtebaulichen Vertrag zwar keine Dachbegrünung vorgesehen sei, jedoch vereinbart werde, dass die Seiten des Parkhauses zu begrünen seien

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 97 für die Errichtung eines Bürohochhauses in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt, An der Reeperbahn/Auf der Muggenburg (Bearbeitungsstand: 16.06.2016) abgesehen wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) beschließt den Bericht zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 97 für die Errichtung eines Bürohochhauses in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt, An der Reeperbahn/Auf der Muggenburg (Bearbeitungsstand: 16.06.2016)

Zustimmung bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE

TOP 6	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 99 für die Errichtung eines Bürogebäudes in Bremen Altstadt an der Wilhelm-Kaisen-Brücke zwischen Weser und Martinistraße -Absehen von erneuter öffentlicher Auslegung -Bericht der Deputation -63-/-FB 01-	Vorlage 19/159
--------------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 99 für die Errichtung eines Bürogebäudes in Bremen Altstadt an der Wilhelm-Kaisen-Brücke zwischen Weser und Martinstraße (Bearbeitungsstand:27.06.2016) abgesehen wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) beschließt in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahmen und ihrer empfohlenen Behandlung den Bericht zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 99 für die Errichtung eines Bürogebäudes in Bremen Altstadt an der Wilhelm-Kaisen-Brücke zwischen Weser und Martinstraße (Bearbeitungsstand : 27.06.2016)

Zustimmung gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE

TOP 7	<p>1. Änderung des Bebauungsplanes 1209 für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Charlotte-Wolff-Allee • Holthorster Weg • den "Vereinigten Anstalten Friedehorst" <p>(Bericht der Deputation) -BBN-</p>	Vorlage 19/141
--------------	--	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) beschließt den Bericht zur 1. Änderung des Bebauungsplanes 1209 für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen Charlotte-Wolff-Allee, Holthorster Weg und den "Vereinigten Anstalten Friedehorst" (Bearbeitungsstand: 16.03.2016).

Einstimmig

TOP 8	<p>Erschließung Am Bodden Nord</p> <p>-ASV-</p>	Vorlage 19/153
--------------	--	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Umsetzung der Erschließung Am Bodden-Nord sowie der Finanzierung der Maßnahme vorbehaltlich der Senatsbefassung zu.

Einstimmig

TOP 9	<p>Verkehrslenkende Maßnahmen „Am Stern“ Ergebnis der Senatsbefassung und Korrektur der VE unter Punkt C) Finanzierung</p> <p>-ASV-</p>	Vorlage 19/160
--------------	--	-------------------

Herr Saxe weist darauf hin, dass die vorhandene Gelbmarkierung Am Stern teilweise abgängig sei und bittet um Erneuerung, um die Verkehrssicherheit dort zu gewährleisten.

Herr Imhoff erklärt, dass seine Fraktion, analog zur letzten Befassung, auch dieser Vorlage nicht zustimmen werde.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Senatsvorlage zur Kenntnis und stimmt der Berichtigung der Höhe der zu beantragenden Verpflichtungsermächtigung zu.

Zustimmung bei Enthaltung der Fraktion der CDU

TOP 10	Optimierungen im Bereich Großraum- und Schwerlasttransporte -ASV-	Vorlage 19/157	L/S
---------------	---	-------------------	-----

Siehe auch Protokoll der 11. Staatlichen Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 11.08.2016.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Sachstandsbericht zur Optimierung im Bereich der Großraum- und Schwerlasttransporte zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt der dargestellten Maßnahme und Finanzierung zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr die Vorlage zur Beschlussfassung der zur weiteren Umsetzung erforderlichen Schritte über die Senatorin für Finanzen dem Haushalts- und Finanzausschuss vorzulegen.

Einstimmig

TOP 11	Feststellung des Jahresabschlusses 2015 des Sondervermögens kommunale Abfallentsorgung (SV Abfall) -23-	Vorlage 19/136	
---------------	---	-------------------	--

Herr Kersten fasst das Ergebnis zusammen. Der Bestätigungsvermerk wurde uneingeschränkt erteilt.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Jahresabschluss 2015, den Lagebericht, die Erfolgsübersicht und den Bericht der Wirtschaftsprüfer zur Kenntnis. Der Jahresabschluss des Sondervermögens kommunale Abfallentsorgung der Stadtgemeinde Bremen (SVAbfall) gilt hiermit als festgestellt.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) erteilt dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr Entlastung.

Einstimmig

TOP 12	Bürgerantrag gegen Billigfleisch in der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung - 3 -	Vorlage 19/161	
---------------	---	-------------------	--

Frau Bernhard erklärt, dass sie sich der Vorlage nicht anschließen könne. Damit werde dem gesamten Antrag die Spitze genommen. Der Bürgerantrag fordere einen stufenweisen Plan, um in eine qualitativ höherwertige Ernährung in den Schulen und Krankenhäusern usw., einzusteigen. Dies sei hier nicht mehr vorgesehen, sondern man möchte ein Gutachten darüber einholen, was artgerecht sei.

Herr Imhoff weist darauf hin, dass er dem Antrag nicht entnehmen könne, dass es um gesünderes Essen gehe, sondern es sei dort von artgerechter Tierhaltung die Rede. In dem Vermerk zur Anhörung stehe, dass es für die Begriffe artgerechte Tierhaltung und Billigfleisch keine Definition gebe und so keine Ausschreibungskriterien festgelegt werden könnten. Des Weiteren sei dort ausgeführt, dass „Billigfleisch“ nicht automatisch als ein ungesundes Lebensmittel bewertet werden könne. Alle Lebensmittel, die den rechtlichen Bestimmungen entsprechen, gelten als sichere Lebensmittel. Das heiße also nicht, dass sie unsicher oder dass sie ungesünder seien und es heiße auch nicht, dass man artgerechte Tierhaltung definieren könne. Insofern stimme er der Ziffer 2 des Beschlussvorschlags nicht zu und sehe auch nicht, dass wie unter Ziffer 1 vorgesehen, eine Ist- Analyse gemacht werden sollte. Insofern lehne seine Fraktion diese beiden Beschlusspunkte ab.

Frau Dr. Schaefer betont, dass sie als Biologin den Begriff „artgerecht“ durchaus definieren könne. Sie teile diese Kritik am Gutachten nicht, dieses diene nicht dazu, den Begriff „artgerecht“ zu definieren, sondern der Erfassung des Ist- Zustandes bei der Beschaffung von Lebensmitteln. In anderen Projekten, wie Fairer Handel oder Zentraler Einkauf wurde ebenso verfahren. Weil eben nicht immer zentral beschafft werde, weil einige Einrichtungen bereits Bio-Lebensmittel einkaufen würden, andere nicht und keiner wisse von dem anderen. Insofern sei das Gutachten der richtige Schritt und es sei auch sinnvoll, dies mit dem Projekt BioStadt zu koppeln und Synergien zu nutzen. Sie könne dem Beschlussvorschlag zustimmen, halte das Verfahren für richtig und sie teile auch das Anliegen des Bürgerantrags.

Herr Crueger erklärt, dass die Anhörung in der Gesundheitsdeputation zum Antrag gezeigt habe, dass die Meinungen nicht nur politisch auseinandergingen, sondern auch bei den Wissenschaftlern. Er findet den vorliegenden Vorschlag gut. Die Verknüpfung mit dem Projekt BioStadt mache Sinn. In Zusammenarbeit mit dem Finanzressort könne man dann beispielsweise das Merkmal der Regionalität bei Ausschreibungen aufnehmen. Von heute auf morgen zu 100% auf artgerecht umzustellen, ohne zu wissen, was der Begriff bedeute, sei schwierig. Daher sei es ein vernünftiges Verfahren, und der Wille sei da, das, was auch im Bürgerantrag im Kern gefordert werde, nämlich den Fokus stärker auf die Qualität der Produkte im Einkauf und auf die Produktionsbedingungen zu setzen. Deshalb plädiere er für Zustimmung.

Herr Senator Dr. Lohse führt aus, dass die Ziele des Bürgerantrags gesunde Ernährung, aber auch Aspekte der Tierhaltung seien. Und es gehe um Fragen von Ökologie und Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft. Diese verschiedenen Aspekte müssten ganzheitlich gesehen werden. Dieses Ressort sei weder für Beschaffung, noch für Gesundheit, noch für Kantinenverträge oder Ernährung verantwortlich, sondern für Landwirtschaft zuständig. Dies sei auch der Beitrag, den das Ressort leisten könne und hier liege die Verbindung zu dem BioStadt- Projekt. Es gehe nicht darum, mit einem Gutachten den Begriff „artgerecht“ zu definieren, auch wenn die Definition festgelegt werden müsse, damit diejenigen, die für die Beschaffung von Lebensmitteln zuständig seien, eine Richtschnur haben, anhand derer Sie beschaffen können. Aber die Definition erfolge nicht heute und nicht hier. Hier solle das Thema weiter bewegt werden und am Ende müsse in der Bürgerschaft darüber entschieden werden.

Herr Imhoff weist darauf hin, dass dem Bürgerantrag ein Gutachten anliege, wonach artgerechte Tierhaltung nur bei Neuland- Fleisch oder durch das Tierschutz- Label gewährleistet wäre. Und nur in Ausnahmefällen durch das Bio-Siegel. Folglich könne man nicht sagen, dass „Bio“ per se artgerechter sei, als andere Tierhaltung. Hier müsse man also auch differenzieren. Gesetzlich sei festgelegt, dass artgerecht sei, wenn man kein Tier unnötig leiden lasse.

Frau Bernhard stellt fest, dass Einigkeit bestehe, die Qualität der Ernährung und den Anteil an biologischer Ernährung in den Schulen & Co zu erhöhen. Die Definitionsfrage sei hier nicht die größte Schwierigkeit, die Definition habe man. Sie könne, auch aus der Anhörung, nicht nach-

vollziehen, wozu man einen Ist- Zustand brauche. Der Stufenplan, der verbindliche Ziele beinhalte, sei hier vollkommen aus dem Fokus und nicht mehr enthalten. Es sei auch nicht alles automatisch inakzeptabel, was nicht unter bestimmte Label falle. Sie regt an, einen stärkeren Fokus auf „regional“ zu setzen.

Der Bürgerantrag habe eine moderate Forderung mit einem Anteil von 25 % bis 2020 über einen Stufenplan. Diese Ziele seien in der Vorlage nicht mehr vorhanden!

Frau Dr. Schaefer weist darauf hin, dass über das Projekt BioStadt die Erarbeitung der Grundlagen für die Umsetzungsstrategie des Bürgerantrags und die Entwicklung von Handlungsempfehlungen zur Aufnahme in einen späteren Stufenplan unterstützt werden sollen. Der Stufenplan sei also nicht weg, sondern der Ist- Zustand soll als Grundlage für einen Stufenplan dienen. Das widerspreche nicht dem Ziel des Bürgerantrags.

Herr Staatsrat Meyer erklärt, dass hier nicht über den kompletten Antrag abgestimmt werde, sondern über einen singulären Punkt, das Gutachten zur Ist- Analyse. Im Bericht stehe auch, dass diese Deputation grundsätzlich der Intention des Bürgerantrags zustimmen würde. Diese Deputation und dieses Ressort seien nicht federführend, sondern unterstützend tätig. Das Ressort sehe sich über das Projekt BioStadt für das Gutachten zum Ist- Zustand zuständig, aber darüber hinaus seien andere Ressorts bzw. Fachdeputationen gefragt.

Herr Imhoff betont, dass hier nicht klar gesagt werde, ob man den Antrag umsetzen wolle oder nicht. Seine Fraktion habe dazu eine klare Position, sie lehne den Antrag ab.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt zur Kenntnis, dass der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr gekoppelt an den Bestand des Projektes BioStadt Bremen eine Koordinierungsfunktion für die Erstellung der IST-Analyse und der weiteren Handlungsempfehlungen übernimmt.

*Zustimmung
bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU
und Enthaltung der Fraktionen DIE LINKE und FDP*

2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft schließt sich dem Bericht der Verwaltung an und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um Weiterleitung des Zwischenberichtes an den Haushalts- und Finanzausschuss.

*Zustimmung
bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU
und Enthaltung der Fraktionen DIE LINKE und FDP*

TOP 13	Berichte der Verwaltung	
TOP 13a)	Fertigstellung von Wohneinheiten im Jahr 2015 - 6 -	BdV schriftlich

Herr Senator Dr. Lohse erläutert den Bericht. Mit den Zahlen der genehmigten Wohneinheiten liege man Jahr für Jahr sogar weit über den politisch vereinbarten Zielen. Es müsse jedoch darauf geachtet werden, dass die erteilten Genehmigungen auch umgesetzt werden.

Frau Bernhard möchte wissen, weshalb es nicht möglich war, die Wohnungsgrößen differenzierter darzustellen. Der Durchschnittswert von vier Räumen je Wohneinheit sei relativ hoch, vermutlich, weil die Einfamilienhäuser eingerechnet werden.

Herr Viering erklärt, dass eine Erfassung der Wohnungsgrößen, die für eine Statistik verwertbar wäre, sehr aufwendig und bisher nicht erfolgt sei. Die Einfamilienhäuser seien selbstverständlich in dieser Statistik enthalten, dadurch ergebe sich der relativ hohe Durchschnitt.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 13b)	Projekt zur Neuorganisation der Abfallentsorgung und Straßenreinigung/Winterdienst ab dem Jahr 2018 (NAS2018) 3. Sachstandbericht -2-	BdV schriftlich
---------------------	---	--------------------

Herr Janßen fragt nach der Beteiligung der Personalvertretungen und Verdi. Der Senat spreche sich auf Basis eines Gutachtens für eine qualifizierte Minderheitsbeteiligung aus. Er würde diese Einschätzung gerne überprüfen, ohne das Gutachten sei dies aber nicht möglich. Es sei völlig unverständlich, hier zu einer Kenntnisnahme aufzufordern, ohne die dafür entscheidende Grundlage in Form dieses Gutachtens vorzulegen. Er fordere, dieses Gutachten zugänglich zu machen. Es sehe nicht ein, weshalb hier mit einer qualifizierten Minderheitsbeteiligung eine AöR eingerichtet werden solle, wenn der Unterschied bei der Einbringung von Eigenkapital wirklich gering sei. Seine Fraktion fordere eine Beteiligung von 50,1% an der AöR. Der Presse war zu entnehmen, dass das Gutachten andere Aussagen beinhalte, als die, die hier zur Verfügung gestellt werden.

Herr Imhoff erklärt, dass seine Fraktion die hier vorgelegte Lösung nicht für den richtigen Weg halte, sondern sich eher eine geringere Beteiligung vorstelle. Eine Rekommunalisierung der Recyclinghöfe werde wesentliche Schwierigkeiten in der Umsetzung und der finanziellen Betreuung mit sich bringen, genauso wie die Ausschreibungsdauer. Nach diesem Modell würden auf Dauer mittelfristig die Abfallgebühren wieder drastisch ansteigen.

Frau Dr. Schaefer bittet um Erläuterung der Unterschiede der verschiedenen prozentualen Beteiligungen. Ihre Fraktion spreche sich klar für eine Minderheitsbeteiligung aus. Offensichtlich spreche dabei viel für die 49,9 %. Für ihre Fraktion stehe ganz vorne, dass die Bürgerinnen und Bürger weiterhin stabile Gebühren haben und vor allen Dingen eine zuverlässige Müllabfuhr und einen zuverlässigen Straßen- und Winterdienst. Dies sei mit dieser Vorlage gewährleistet. Es mache auch Sinn, als Kommune wieder mehr Beteiligung zu haben und darüber auch Einfluss zu nehmen.

Herr Staatsrat Meyer betont, dass die Personalvertretungen und Frauenbeauftragten des SUBV, des UBB und der Gesamtpersonalrat in dem ressortinternen Lenkungsausschuss vertreten seien. Dieses Projekt sei sehr offen und sehr transparent organisiert, auch in der Diskussion mit den Personalräten aus beiden Häusern. Diesen waren die Details des Gutachtens auch im Vorfeld bekannt. In den internen Arbeitsgruppen innerhalb des Ressorts würden, soweit Themen mit Personalratsbezug diskutiert werden, die Personalräte eingeladen. In diesem Projekt, insbesondere bei der Fragestellung, ob der UBB umgewandelt, oder eine AöR neu gegründet werde, wurde sehr offen und sehr transparent mit den Dokumenten umgegangen, in Abarbeitung des Auftrags der Bürgerschaft, der Bürgerinnen und Bürger. Im Lauf des Verfahrens werde man sich aber immer mehr dem Vergabeverfahren nähern und dann leider diesen Transparenzgedanken nicht in allen Dokumenten aufrechterhalten dürfen. In dem Gutachten wurde die wirtschaftliche Betrachtung für verschiedene Szenarien durchgerechnet. Für diese Berechnung musste eine Summe zugrunde gelegt werden, von der angenommen werde, dass sie in einem möglichen Ausschreibungsverfahren zu erzielen sei. Dies sei ein Grund dafür, dass dieses Gutachten nicht veröffentlicht werde. Insofern sei es sehr verwunderlich, dass angeblich wenigstens eine Zeitung dieses Gutachten haben solle. Dadurch werde ein Vergabeverfahren gefährdet, ebenso wie wirtschaftliche Interessen Bremens. Man werde versuchen, das verständliche Informationsbedürfnis auf der einen Seite zu berücksichtigen und auf der anderen Seite das für die Verwaltung zwingende Verfahren einer Vergabe ordentlich

durchzuführen. Die Presse solle vermeldet haben, die Politik habe gegen die Entscheidung des Gutachters plädiert. In dem Gutachten werden verschiedene Szenarien mit ihren Auswirkungen dargestellt. Der Gutachter sage deutlich, dass die Entscheidung, welche Schwerpunkte man setze, wie man Kriterien wie z. B. Umsetzbarkeit, Wirtschaftlichkeit, Arbeitnehmerinteressen oder ökologische Aspekte gewichte, durch die Politik getroffen werden müsse. Je nachdem, wie Politik die Schwerpunkte setze, komme man zu dem Ergebnis einer Beteiligung von 25,1%, 49,9% oder 50,1%. Der Senat habe sich damit auseinandergesetzt und eine Entscheidung getroffen. Dabei sei es gerade wichtig, dass der Gutachter Handlungsräume dargestellt habe, mit denen habe sich der Senat auseinandergesetzt und eine Schwerpunktsetzung vorgenommen.

Juristisch betrachtet gebe es keinen Unterschied zwischen 25,1% und 49,9%. Er schließe sich aber dem Gutachter an, der argumentiere, wenn man gegenüber einem privaten Dritten eine Position haben möchte, die dazu führe, dass die Kommune etwas lerne, dann wäre es gut, wenn man den kommunalen Geschäftsführer mit etwas mehr Gesellschafteranteil den Rücken stärkt. Die Eigenkapitalanforderung sei dabei nicht sehr viel höher. Aber deutlich passiere etwas zwischen 49,9 und 50,1%. Der Senat habe sich in der Schwerpunktsetzung für die 49,9% entschieden.

Herr Strohmann weist darauf hin, dass man auch bei einer Beteiligung von 25,1% als Kommune lernen und in zehn Jahren ggf. komplett übernehmen könne. Aber genau das sei das Problem. Er könne sich gut vorstellen, dass eine Stadt die Abfallentsorgung selber mache, aber nicht in dieser Stadt. Vor zwanzig Jahren habe man die Abfallentsorgung aus gutem Grund privatisiert, weil Korruption, Vetternwirtschaft und Filz herrschten und zu einer exorbitanten Steigerung bei den Müllgebühren geführt haben. Erst seit zwanzig Jahren habe man in Bremen eine Seriosität für die Bürgerinnen und Bürger. Er habe die Sorge, dass es wieder zu politischer Einflussnahme bei der Besetzung von Posten kommen könne.

Herr Janßen stellt fest, dass es für einen privaten Dritten keine Frage des Geldes sei, dass eine Beteiligung von 50,1% attraktiver sei, als eine von 49,9%, sondern der Entscheidungsgewalt. Es sei durchaus klar, dass man als Kommune eine stärkere Position habe, wenn man mehr Anteile habe. Aber die Grenze, ab der man wirklich eine Entscheidung treffen könnte, sei mit 49,9% nicht überschritten. Deshalb sei es im Sinne der öffentlichen Diskussion, diesen Punkt noch einmal zu überdenken. Wenn man Handlungsspielräume haben wolle, auf deren Grundlage eine Entscheidung zu treffen sei, weshalb entschiede dann der Senat und warum nicht die Bürgerschaft oder die Deputation, als Teil einer politischen Diskussion. Auch eine nichtöffentliche Deputationsbefassung wäre möglich, um darüber zu diskutieren, welches Modell befürwortet werde. Stattdessen habe der Senat entschieden, auf Grundlage eines Gutachtens, das der Deputation nicht vorliege. Der Prozess sei breit in dieser Stadt geführt worden. Es wurden Unterschriften gesammelt und am Schluss treffe der Senat eine Entscheidung über eine Minderheitsbeteiligung, die aufgrund der nicht vorliegenden Entscheidungsgrundlage nicht beurteilt werden könne.

Herr Senator Dr. Lohse weist darauf hin, dass man unterscheiden müsse zwischen der Legislative und der Exekutive. Die Legislative habe den Auftrag an den Bremer Senat formuliert, die Voraussetzungen zu schaffen, für die Abfallentsorgung für zehn Jahre ein neues Modell zu finden und bei der Straßenreinigung die Option zu schaffen, schon nach fünf Jahren eine vollständige Rekommunalisierung vorzunehmen. Diesen Auftrag setze der Senat um. Es gehe hier darum, einen Systemwechsel herbeizuführen in einem System, in dem die Bürgerinnen und Bürger darauf angewiesen seien, dass es jeden Tag funktioniere. Dieser Systemwechsel müsse sofort zu 100% funktionieren.

Herr Staatsrat Meyer ergänzt, dass die Stadt am meisten Einfluss über den Leistungsvertrag nehmen könne, denn darin definiere die Stadt Standards. Diesen Leistungsvertrag könne man nun nach zwanzig Jahren zum ersten Mal neu schreiben. Dies sei der größte Hebel, um sich als Stadt in dieses Geschäft einzubringen. Das, was hier besprochen werde, werde in Form des sogenannten AöR- Gesetzes der Deputation und der Bürgerschaft, voraussichtlich im Dezember, zur Beratung vorgelegt werden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den 3. Sachstandbericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 13c)	Aktivitäten Biostadt -3-	BdV schriftlich
----------	-----------------------------	--------------------

vertagt

TOP 13d)	Kleingartenentwicklungsplan 2025 -3-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Herr Pohlmann begrüßt es, dass sich in diesem Bericht das wiederfinde, was über einen längeren Zeitraum intensiv diskutiert und auch in die Bürgerschaft eingebracht wurde. Die Verwaltung habe viele Gespräche mit den Vereinen, mit dem Landesverband und auch mit anderen Interessierten geführt. Daraus müsse nun ein intensiver und komplexer Prozess mit breiter Beteiligung entwickelt werden, in dem viele Punkte diskutiert werden müssten. Die Ist-Stand-Erhebung sei absolut wichtig, um Klarheit zu bekommen. In diesem Prozess sollte der Deputation über aktuelle Entwicklungen und Zwischenergebnisse kontinuierlich berichtet werden.

Herr Senator Dr. Lohse spricht ein Schreiben des Landesverbandes der Gartenfreunde an, das heute an einzelne Abgeordnete – nicht an alle - gegangen sei. Dieses Schreiben habe großes Erstaunen und Irritationen hervorgerufen, weil darin Inhalte adressiert würden, über die man miteinander in intensiven Gesprächen sei. Es sei in der Sache nicht hilfreich, flankierend zu den Gesprächen solche Schreiben zu verfassen. Es müsse nun ein Weg gefunden werden, wieder in den Dialog einzutreten.

Herr Musiol berichtet, dass ein Herzstück dieses Kleingartenentwicklungsplanes sei, dass man gemeinsam, sowohl der Landesverband als auch das Ressort, sozusagen die Datengrundlage neu erarbeiten wolle. Es bestehe eine desolate Datengrundlage über die Flächen. Diese Datenaufnahme werde länger dauern, es gehe um große Flächen. Deshalb habe man gemeinsam verabredet, bestimmte Teilthemen vorzuziehen. Dazu gehöre insbesondere die Frage der Unterhaltung des Rahmengrüns. Bis Ende des Jahres solle eine Neuordnung der Unterhaltung in Form eines Ergänzungsvertrages zu den diversen Generalpachtverträgen erarbeitet werden. Das Ergebnis werde, wie auch bei anderen vorzuziehenden Teilthemen, vorab der Deputation vorgestellt werden.

Frau Dr. Schaefer betont, dass aus dem Bericht sehr gut hervorgehe, dass es für die Frage der Grünpflege unterschiedliche Lösungsansätze und auch unterschiedliche Haltungen dazu gebe. Im Schreiben des Landesverbandes wurde die Frage angesprochen, ob die Erhebung einer Abgabe für die Grünpflege einer Pachterhöhung gleichkomme oder nicht. Aus dem Bericht ist klar zu entnehmen, dass der Landesverband das anders sieht, als das Ressort. Trotzdem mache man sich auf den Weg und denke sich andere Modelle aus. Es sei insgesamt unabdingbar, dass man eine Bestandsaufnahme mache, es seien sehr viele und unterschiedlichste Verträge vorhanden und es sei auch in den Vereinen nicht immer klar, was Eigenland sei, was verpachtet sei und dem Verein gehöre. Daher sei die Bestandsaufnahme die Grundlage für die weitere Arbeit. Im Bericht werde erwähnt, dass zu den Wochenendhausgebieten im Juni zu einem Workshop eingeladen werden solle. Dieser werde nun wohl etwas später stattfinden. Im weiteren Verfahren seien auch die ökologischen Aspekte, das Naturerlebnis zu berücksichtigen. Der Verein „Auf den Ruten“ habe darum gebeten, auch wenn seine Flächen nun kein Wochenendgebiet werden können, trotzdem weiter an dem Prozess beteiligt zu werden. Bis zum Ende des Jahres sollen laut Zeitplan mehrere Entscheidungen vorliegen, dabei sei die Deputation rechtzeitig einzubeziehen und zu informieren.

Herr Imhoff glaubt nicht, dass sich der Zeitplan so umsetzen lasse. Er verweist auf eine Erhebung aus dem Jahr 2002. Insofern könne er den Hinweis auf eine desolante Datenlage nicht nachvollziehen. Es sei zu begrüßen, dass auch über strukturelle Veränderungen nachgedacht werden solle, wenn diese anstehen oder erforderlich seien. Das werde sich dann aus der Datenlage ergeben. Die Dienstanweisung 440, die Nachnutzung oder Abriss der Kaisenhäuser und Behelfsheime regule, sei nach Ansicht seiner Fraktion vollkommen falsch. Er gehe davon aus, dass dies im nächsten Kleingartenkonzept rückgängig gemacht und zur alten Variante des „Kudella- Runden Tisches“ zurückgekehrt werde.

Frau Bernhard stellt fest, dass es dazu unterschiedliche Einschätzungen gebe. Mit dem Konzept könne man einen Überblick gewinnen. Ihre Fraktion vertrete nach wie vor die Ansicht, was verrottet sei, sollte auch beseitigt werden, weil es das Ganze abwerte. Aber das, was erhaltenswert sei, sollte auch erhalten werden. An diesem Punkt habe man mit Sicherheit einen Dissens, denn es sei nicht einzusehen, warum gut funktionierende Unterkünfte nicht erhalten bleiben und entweder als Wohnraum oder Wochenendhaus genutzt werden können. In dem Zeitplan sei für die Umwandlung in Wochenendhausgebiete das Jahr 2018 angegeben. Das scheine sehr lang zu sein. Sie bittet um Erklärung, weshalb ausgerechnet dieser Punkt noch weitere zwei Jahre dauern solle. Insgesamt sei diese Vorlage deutlich positiver zu sehen, als erwartet.

Herr Pohlmann weist darauf hin, dass es in der Gliederung sehr interessante Punkte gebe, die in diesem Prozess zu diskutieren seien, wie beispielsweise die Errichtung eines Solidaritätsfonds. Die Vereine seien sehr unterschiedlich, ebenso wie die einzelnen Verträge. Auch das müsse entsprechend berücksichtigt werden.

Herr Staatsrat Meyer erklärt, es lägen durchaus Daten über die Kleingärten vor, allerdings nicht in digitaler Form. Darum gehe es bei der Erfassung.

Herr Musiol berichtet, dass zu einer Umwandlung in Wochenendhausgebiete die Aufstellung eines Bauleitplanverfahrens erforderlich sei. Dafür sei die veranschlagte Zeit eher kurz. Verschiedene Detailfragen müssten dabei geklärt werden, wie Entsorgung, Brandschutz u. ä..

Herr Pohlmann ergänzt, dass dabei die betroffenen Vereinsmitglieder zustimmen müssten.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zu Kenntnis. Die Verwaltung wird gebeten, der Deputation über den Fortgang des Projektes zu berichten.

TOP 13e)	Maßnahmen zur Verhinderung von Beschädigungen der Gleisanlagen Waller Heerstraße - 5 -	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 13f)	1. Zwischenbericht zum Sofortprogramm Wohnungsbau - 7 -	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 14	Verschiedenes	
TOP 14a	Sachstand der Entwicklung der Landzunge am Lankenauer Höft; Stand der Ausschreibung	

Frau Schiemann berichtet von ersten Ideen zur Weiterentwicklung am Lankenauer Höft, die von der Stadtplanung vorgestellt wurden. Besonders interessiere sie die Pachtsituation der Gastronomie an der Spitze der Lankenauer Landzunge. Es sei angekündigt worden, ein Interessenbekundungsverfahren auszuschreiben, auf das sich interessierte Investoren bewerben können. Dazu bitte sie um einen Sachstand.

Herr Viering erklärt, dass vor der Ausschreibung die Beiratssitzung am nächsten Montag abgewartet werden solle. Die Gastronomie sei an eine Brauerei verpachtet, die diese weiterverpachtet habe. Daher gebe es zwischen Eigentümer und Betreiber keine direkten vertraglichen Beziehungen. Zuständig sei jedoch bremenports bzw. das Wirtschaftsressort.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:

Bericht über die Ergebnisse der angekündigten Maßnahmen zum Baumschutz bei Baumaßnahmen	Schriftlicher Berichtswunsch von Herrn Saxe	Zu einer der nächsten Sitzungen
Kosten des Projektes BioStadt	Schriftlicher Berichtswunsch von Herrn Imhoff	Geplant am 08.09.2016

Herr Pohlmann schließt die 11. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll